

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Mag. Jörg Leichtfried,
Genossinnen und Genossen**

betreffend Keine Anpassung der Bezüge für Spitzenpolitiker*innen im Jahr 2023

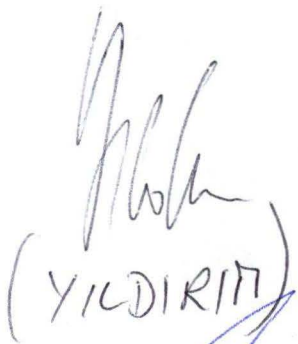
eingebraucht im Zuge der Debatte zum Bericht des Verfassungsausschusses über die über die Regierungsvorlage (1793 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Richter- und Staatsanwaltschaftsdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrpersonen-Dienstrechtsgesetz, das Landesvertragslehrpersonengesetz 1966, das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz, das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Bundes-Personalvertretungsgesetz, das Ausschreibungsgesetz 1989, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz, das Bundes-Bedienstetenschutzgesetz, das Rechtspraktikantengesetz, das Gerichtsorganisationsgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Bundesgesetz über die Leistung eines besonderen Erstattungsbetrages anlässlich der Aufnahme in ein Dienstverhältnis zum Fürstentum Liechtenstein als Richter oder Staatsanwalt, das Bundespensionsamtübertragungsgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz 2017, das Anti-Doping-Bundesgesetz 2021 und das Zustellgesetz geändert werden (2. Dienstrechts-Novelle 2022) (1865 d.B.)

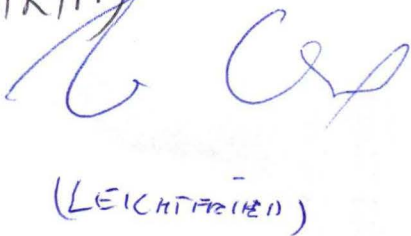
Im Jahr 2021 wurden die Bezüge der Spitzenpolitiker*innen nicht angepasst. Angesicht der extremen Teuerungen für die Bevölkerung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Heizen, Treibstoffe und Lebensmittel sollen die Spitzenpolitiker*innen ein Zeichen setzen, weshalb dem Beispiel 2021 folgend die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden Antrag stellen:

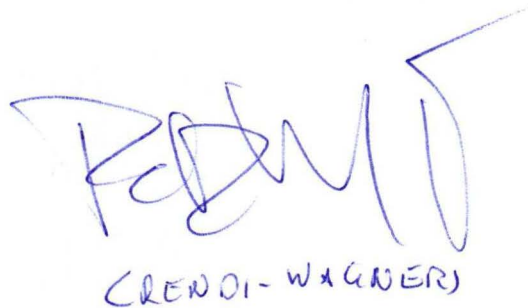
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Beispiel des Jahres 2021 folgend eine Gesetzesvorlage dem Nationalrat zu unterbreiten, mit welchem die Bezüge der Spitzenpolitiker*innen für das Jahr 2023 nicht angepasst werden.“


(YILDIRIM)


(LEICHTFRENN)


(CRENOI-WAGNER)


(CLAIMEN)


(LINDNER)


(KUCHNER)